

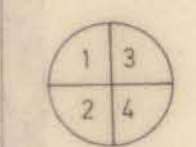
Landkreis Osnabrück
Gemeindebezirk Stadt Georgsmarienhütte
Gemarkung Oesede
Flur 14
Maßstab 1:1000
Der Stadt Georgsmarienhütte zur Vervielfältigung unter den am 18.5.1979 anerkannten Bedingungen freigegeben durch das Katasteramt Osnabrück. Zu diesem Plan gehört als Bestandteil ein Grundstücksverzeichnis vom Gesch. B.V./Nr. 2060/79
Ausgefertigt Osnabrück, den 18.5. 1979
Katasteramt im Auftrage:

ZEICHENERKLÄRUNG

Art und Maß der baulichen Nutzung



allgemeines Wohngebiet



1. Geschöszahl (Höchstgrenze)
2. Bauweise (Δ = offene Bauweise Einzel- u. Doppelhäuser)
3. Grundfl.zahl (GRZ)
4. Geschößfl.zahl (GFZ) > Höchstgrenze

Sonstige Übernahmen und Festsetzungen



Baugrenze



Abgrenzung des Geltungsbereiches der Beb.planänderung



Sichtdreieck. Höhenbeschränkung 0,80 m über OK fertiger Straße.
[Hinweis]



Stellung baul. Anlagen, längere Mittelachse des Hauptbaukörpers = Firstrichtung

Dachneigung
18°-25°

Die Planunterlagen entsprechen dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weisen die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 18.5.1979). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grundstücksgrenzen in die Öffentlichkeit ist möglich.



Osnabrück, den 6. Dezember 1979
KATASTERAMT
im Auftrage:

Bunji

Aufgrund der §§ 6 und 40 der Nieders. Gemeindeordnung (NGO) in der zur Zeit gültigen Fassung in Verbindung mit den §§ 2, 9 und 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Fassung vom 18.08.76, der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 15.09.77 und der Planzeichenverordnung vom 19.01.65 sowie § 1 der Nds. Verordnung zur Durchführung des BBauG vom 19.06.78 (Nds. GVBl. S. 560) hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte am 11.11.79 die aus nebenstehenden zeichnerischen und folgenden textlichen Festsetzungen bestehende Satzung beschlossen:

§ 1

Gemäß § 9 (6) BBauG wird nachrichtlich darauf hingewiesen, daß Maßnahmen zur Verwirklichung des Planes einschließlich der Kosten der Durchführung in der Begründung vom 16.11.79 dargelegt sind.

§ 2

Für den Fall der Nichtbefolgung dieser Satzung wird gemäß § 6 (2) NGO in Verbindung mit den §§ 35 und 37 des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung ein Zwangsgeld bis zu 500,00 DM bzw. die Ersatzvornahme angedroht. Eine Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 156 BBauG bleibt hiervon unberührt.

§ 3

Diese Satzung tritt mit der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig treten alle entgegenstehenden Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr.16 "Lehmheide" außer Kraft.

Festsetzung über die äußere Gestaltung

Gem. § 9 Abs. 4 BBauG in Verbindung mit dem § 1 der Nds. VO zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 19.06.78 (Nds. GVBl. Nr. 39/1978 S. 560)

Der Sparrenanschnittpunkt (gleich Schnittpunkt Unterkante Sparren mit Außenkante des aufgehenden Außenmauerwerkes) darf das Maß von 9,50 m, gemessen von OK fertiger Fußboden Erdgeschoß nicht überschreiten.

Ausnahme:

Gemäß § 31 (1) BBauG ist minus 1 Geschöß zulässig. § 17 (5) BauNVO.

LEHMHEIDE

der Stadt Georgsmarienhütte (M.1:1000)

Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte hat am 11.11.79 gemäß § 2 (1) BBauG vom 18.08.1976 (BGBl. I S.2256) die Aufstellung dieses Planes beschlossen. Der Aufstellungsbeschluß ist am 11.11.79 öffentl. bekannt gemacht worden.

Georgsmarienhütte, den 11.11.79
Bürgermeister: *Signel*
Stadtdirektor: *Mies*

Bearbeitet: Stadt Georgsmarienhütte
Der Beb.Plan mit Begründung hat einen Monat vom 11.11.79 bis 11.12.79 einschl. öffentl. ausliegen. Ort und Zeit der öffentl. Auslegung wurden am 11.11.79 ortsüblich bekanntgemacht.

Georgsmarienhütte, den 11.11.79
Stadtdirektor: *Mies*

Der Beb.Plan ist gemäß § 10 BBauG am 11.11.79 durch den Rat der Stadt Georgsmarienhütte als Satzung beschlossen worden.

Georgsmarienhütte, den 11.11.79
Bürgermeister: *Signel*
Stadtdirektor: *Mies*

Dieser Bebauungsplan ist gemäß § 11 des BBauG in der z. Zt. geltender Fassung mit Verfügung vom 26. FEB. 1980 Az 309.10-27702- mit / ohne Auflagen genehmigt worden. 59079
Odenburg, den 26. FEB. 1980
Bez.-Bau.-Weser-Bms.
im Auftrage: *Weser*

Die mit der vorstehenden Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten ausgesprochene Genehmigung des Beb.Planes ist gem. § 12 BBauG am 11.11.79 Amtsblatt f. d. Landkreis Osnabrück öffentl. bekannt gemacht worden. Mit dieser Bekanntmachung ist der Beb.Plan rechtsverbindlich geworden.

Georgsmarienhütte, den 11.11.79
Stadtdirektor: *Mies*

Textliche Festsetzungen

zum Bebauungsplan Nr. 16.3

Bezeichnung: „Lehmheide“

der Stadt Georgsmarienhütte, Landkreis Osnabrück

Aufgrund der §§ 6 und 40 der Nieders. Gemeindeordnung (NGO) in der zur Zeit gültigen Fassung in Verbindung mit den §§ 2, 9 und 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Fassung vom 18.08.1976, der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung vom 15.09.1977 und der Planzeichenverordnung vom 19.01.1965 sowie § 1 der Nds. Verordnung zur Durchführung des BBauG vom 19.06.1978 (Nds. GVBl. S 560) hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte am die aus nebenstehenden zeichnerischen und folgenden textlichen Festlegungen bestehende Satzung beschlossen:

§ 1

Gemäß § 9 (6) BBauG wird nachrichtlich darauf hingewiesen, dass Maßnahmen zur Verwirklichung des Planes einschließlich der Kosten der Durchführung in der Begründung vom 16.11.1979 dargelegt sind.

§ 2

Für den Fall der Nichtbefolgung dieser Satzung wird gemäß § 6 (2) NGO in Verbindung mit den §§ 35 und 37 des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung ein Zwangsgeld bis zu DM 500,-- bzw. die Ersatzvornahme angedroht. Eine Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 156 BBauG bleibt hiervon unberührt.

§ 3

Diese Satzung tritt mit der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig treten alle entgegenstehenden Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 16 „Lehmheide“ außer Kraft.

Örtliche Bauvorschrift über Gestaltung

zum Bebauungsplan Nr. 16.3

**Bezeichnung: „Lehmheide“
der Stadt Georgsmarienhütte, Landkreis Osnabrück**

Gem. § 9 Abs. 4 BBauG in Verbindung mit dem § 1 der Nds. VO zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 19.06.1978 (Nds. GVBl.- Nr. 39/1978 S 560)

Der Sparrenanschnittspunkt (gleich Schnittpunkt Unterkante Sparren mit Außenkante des aufgehenden Außenmauerwerkes) darf das Maß von 9,50 m, gemessen von OK fertigen Fußboden Erdgeschoss nicht überschreiten.

Ausnahme:

Gemäß § 31 (1) BBauG ist minus 1 Geschoss zulässig. § 17 (5) BauNVO.